

Wien H.W. 20.3°C

Morgen unbeständig, windig, warm

FR | 05.06.2009

GANZ ÖSTERREICH

WIEN NEWS

MAGAZIN

- GESUNDHEIT
- LOKALTIPPS
- TRENDS
- VERANSTALTUNGEN

ORF WIEN

- WIEN HEUTE
- RADIO WIEN
- PODCAST
- KONTAKT

AKTIONEN & GEWINNEN



**SICHERHEIT**

04.06.2009

**Abtreibungskliniken fordern Schutzzonen**

Anlässlich der Ermordung des prominenten Abtreibungsarztes George Tiller in den USA fordern Ärzte in Wien nun erneut Schutzzonen rund um Abtreibungskliniken.

Die Abtreibungsgegner sind den Ärzten der Kliniken ein Dorn im Auge.

**Ärzte erhalten Morddrohungen**

"Religiöse Fanatiker stehen praktisch jeden Tag vor unserer Tür und üben Psychoterror auf die Patientinnen aus", sagte Christian Fiala, Leiter des Gynmed-Ambulatoriums in Wien: "Wir müssen Schritte setzen, bevor so etwas auch bei uns passiert."

Die Abtreibungsgegner würden sich den Patientinnen in den Weg stellen, sie als "Mörderinnen" bezeichnen, Autokennzeichen fotografieren und die Frauen bis in die Straßenbahn verfolgen, um dann laut zu fragen: "Mama, warum hast du dein Kind umgebracht?"

Auch das klinische Personal werde bedroht, er selbst habe auch schon Morddrohungen erhalten, sagte Fiala, der auch Tiller persönlich kannte.

Eine gesetzliche Handhabe fehlt bisher.

**Verwaltungsstrafen durch Schutzzone möglich**

Fiala und andere Ärzte fordern deshalb Schutzzonen im Umfang von etwa 150 Metern rund um die Ambulatorien. "Schutzzonen sind der Behörde bestens bekannt, etwa am Wiener Karlsplatz oder vor Schulen", sagte dazu Anja Oberkofler, Vorsitzende des Vereins österreichischer Juristinnen.

Gesetzlich sei es möglich, die Schutzzonen im Sicherheitspolizeigesetz zu verankern, was die Möglichkeit von Verwaltungsstrafen bieten würde. "Das ist nicht verfassungswidrig - die Politik versucht anscheinend, sich der Verantwortung zu entziehen, und leistet damit Beihilfe zur Gesundheitsbeeinträchtigung", so Oberkofler.

### **Patientinnen fühlen sich bedroht**

Laut Fiala wirken sich die Übergriffe auf die Patientinnen sehr negativ aus, da sich diese in der "Krisensituation" nicht wehren könnten. Aus einer Befragung des Gynmed-Ambulatoriums geht hervor, dass sich über 60 Prozent der Patientinnen von den Abtreibungsgegnern zumindest "ein wenig" bedroht fühlten.

Auf die Zahl der Abtreibungen hätten die Demonstranten aber keinen Einfluss, so Fiala. Rund 96 Prozent der Betroffenen seien dafür, dass die Demonstrationen gesetzlich verboten werden.

### **Wegweisung laut Ärzten fast wirkungslos**

Im Juli 2005 wurde eine Novelle des Wiener Landessicherheitsgesetzes beschlossen, die eine Wegweisung der Abtreibungsgegner durch Polizeibeamte vorsieht. In der Praxis sei diese jedoch fast wirkungslos, so Fiala, da keine Sanktionen drohen.

Er fordert ein Gesetz nach französischem Vorbild. Personen, die in Frankreich Frauen belästigen, können mit Geldstrafen bedroht werden.